

Berlin, 7. Juli 2009

Offener Brief von MdB Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, an Andreas Theysen, Ressortchef Politik der Financial Times Deutschland

Sehr geehrter Herr Theysen,

In Ihrem Artikel vom 6. Juli behaupten Sie, die Bundeswehr befinde sich in Afghanistan „im Krieg“. Das „Geschwiemel“ der Bundesregierung beleidige die deutschen Soldaten, die dort im Einsatz sind.

Unsere Soldaten, die in Kunduz ihren gefährlichen Dienst tun, befinden sich in einer permanenten Stresssituation, da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wir muten den Männern und Frauen gerade im Moment eine Menge zu. Aber würde der Stress denn weniger werden, wenn die Politik unter dem derzeitigen öffentlichen Druck erklären würde, wir wären in Afghanistan im Krieg? Würden die Soldaten dann beruhigter ihre Patrouillen durchführen und sich sicherer fühlen?

Ich fürchte nein. Für die Medien ist die Sache relativ einfach. Sie brauchen Schlagzeilen, und ‚Aufreger‘. Und gibt es keinen Aufreger, so wird er erzeugt. So ein Thema ist auch die derzeitige „Kriegsdebatte“. Erst waren es die „gefallenen“ deutschen Soldaten, jetzt führen wir eben Krieg in Afghanistan. Das Dramatisieren einer Situation ist aber ebenso schlimm wie ihre Verharmlosung und hilft uns bei der mangelnden Akzeptanz der Deutschen gegenüber den Auslandseinsätzen der Bundeswehr gar nichts. Hier hilft nur, immer wieder zu erklären, warum wir das tun.

Natürlich fühlen sich Soldaten, die gerade beschossen worden sind, in einer kriegsähnlichen Situation. Aber der Soldat, der im 100-km-entfernten Masar-e Sharif seinen Dienst in der Poststelle tut, ist davon nicht berührt. Teilweise finden in ein und derselben Stadt Gefechte und Wiederaufbau gleichzeitig statt. Die Lage in Afghanistan ist viel zu vielschichtig, um sie unter einen Nenner zu bringen. Dies zu erklären ist keine einfache Aufgabe für die Politik.

Auch der Deutsche Bundeswehrverband und andere befeuern aus unterschiedlichen Motiven heraus die Debatte, weil sie – zu Recht - mehr Respekt gegenüber den Leistungen der Soldaten einfordern. Damit spielen sie unbewußt denen in die Hände, die sich mehr Heroismus und Partiotismus in unserer Gesellschaft wünschen. Nichts gegen eine patriotische Grundeinstellung – aber mit überzogenem Heroismus und Patriotismus haben Viele keine guten Erfahrungen gemacht.

Und „Die Linke“ ist ganz vorne mit dabei, wenn es gilt, Ängste zu schüren. Das sie damit das Spiel der Taliban mitspielen, die genau wissen, wo unsere wunden Punkte

liegen, nimmt sie in Kauf. Die Furcht vor dem Kriege ist eine der stärksten Ängste bei uns Deutschen, die wir mittelbar oder unmittelbar, noch an den traumatischen Folgen zweier Weltkriege leiden. Diese Erfahrungen haben unsere Gesellschaft und Kultur geprägt wie sonst nichts. Das hat sich auch in einer begrifflichen Vorsicht gegenüber Bezeichnungen und Symbolen niedergeschlagen, die sich erst ganz allmählich verändern, wie die Debatte um die gerade verliehene Tapferkeitsmedaille zeigt.

Doch der Begriff des „Krieges“ ist viel zu gewichtig, als das man in derartiger Weise für ihn Werbung machen sollte. „Krieg“ und „Frieden“, das sind doch keine semantischen Spitzfindigkeiten, sondern Fragen, wie wir unser Leben in einer Demokratie, die sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert sieht, gestalten.

Ich wehre mich dagegen, eine Debatte aufgezwungen zu bekommen, die ich in keiner Weise richtig finde. Wir führen keinen Krieg in Afghanistan, sondern einen bewaffneten Konflikt gegen Terroristen in einem Land, das sich nur ganz zaghaft von vierzig Jahren Bürgerkrieg erholt; in einem Land, in dem Vierjährige wissen, was eine Kalaschnikoff ist, aber kaum eine Schule von Innen gesehen haben. Wir haben in Deutschland dafür weder den Spannungs- noch den Verteidigungsfall ausgerufen. Es werden auch keine Reservisten eingezogen und der Verteidigungsminister ist noch immer Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt. Es gelten die Bestimmungen des Versorgungsänderungsgesetzes, wenn Soldaten verletzt oder getötet werden. Es gelten Einsatzregeln, die in keinsten Weise mit Kriegsregeln zu vergleichen sind. Dies alles wäre in einem Krieg anders.

Seit Ende der 90er Jahre kennt das Internationale Völkerrecht keine Kriege mehr, es gibt nur noch „Bewaffnete Konflikte“. Auch im Grundgesetz fehlt der Begriff, da finden wir nur den Spannungs- oder Verteidigungsfall. Die Welt hat nun mal mit anderen, neuen Herausforderung zu kämpfen, die neue Begrifflichkeiten brauchen. Unsere Gesetze sind für diese Krisen- und Konfliktsituationen gemacht, ob sie nun „asymmetrische Bedrohungen“ heißen oder anders.

Meiner Meinung nach muss man mit dem Wort ‚Krieg‘ sehr, sehr vorsichtig umgehen. Seitdem der ehemalige US-Präsident George W. Bush seinen „War on Terror“ begann, ist die Gesellschaft in den USA eine andere geworden. Es kam zu einer Verrohung der Umgangsformen gegenüber Minderheiten, Bürgerrechte wurden außer Kraft gesetzt und die Menschen in permanenter Furcht vor einem neuen Terroranschlag gesetzt. So eine Entwicklung möchte ich hier nicht sehen. Der Streit und die Auseinandersetzung bei uns über den richtigen Weg ist ein hohes Gut, das sich zu bewahren lohnt.

*Dieser Brief erschien in einer leicht gekürzten Fassung am 9. Juli 2009 in der Financial Times Deutschland*